

## V8-Beschluss Keine zentralen Abschiebebehörden in NRW

Antragsteller\*in: Mitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 11.03.2018  
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Sonstige Anträge

### Antragstext

1    Repression und fehlende Rechtsstaatlichkeit zeichnen auch die Asylpolitik der  
2    letzten Jahre aus. Über 40 Prozent der Entscheidungen des Bundesamts für  
3    Migration und Flüchtlinge werden von Verwaltungsgerichten verworfen. Trotzdem  
4    setzt die Politik und insbesondere die schwarz-gelbe Landesregierung darauf,  
5    diese oft falschen Entscheidungen möglichst schnell in die Tat umzusetzen und  
6    Geflüchtete abzuschicken. Diese Politik sieht es als Problem, nicht als Erfolg,  
7    wenn Abschiebezahlen niedrig bleiben. Hier macht sich die Regierung Laschet  
8    leider ernsthaft daran, "Nummer eins" zu werden.

9    Ein Instrument dazu sind sogenannte Zentrale Ausländerbehörden (ZAB). Hier wird  
10   über Geflüchtete in Landeseinrichtungen nach Aktenlage entschieden.  
11   Problematische Entscheidungen setzen die ZABs so schnell um, dass die  
12   Rechtsstaatlichkeit ausgehebelt wird. Statt einer Einzelfallprüfung vor Ort,  
13   wird die Abschiebung zentral organisiert. Dazu wird zum Teil mit problematischen  
14   Akteuren kooperiert. Auch gibt es aus ZABs Druck auf die kommunalen  
15   Ausländerbehörden, mehr abzuschicken. Treffender wäre es also, sie Zentrale  
16   Abschiebebehörden zu nennen.

17   Diese Einrichtungen wurden noch von der rot-grünen Landesregierung geschaffen,  
18   werden jetzt aber von der Regierung Laschet und Minister Stamp forciert. Sie  
19   sollen in jeden Regierungsbezirk einziehen, in Bielefeld, Unna und Köln sind sie  
20   schon. In Münster ist es knapp gelungen, dies zu verhindern. Dank einer linken  
21   Mehrheit wird dort keine Zentrale Ausländerbehörde eingerichtet werden. Nun wird  
22   die Einrichtung einer ZAB in vielen weiteren Orten diskutiert. Es lohnt sich  
23   auch dort dagegen zu kämpfen.

24   Wir lehnen Zentrale Ausländerbehörden als Instrument der verstärkten  
25   Abschiebep Praxis ohne ausreichende Berücksichtigung der Einzelfälle ab. Wir  
26   werden uns vor Ort gegen die Einrichtung solcher Behörden einsetzen und  
27   Bündnisse dazu unterstützen. Außerdem fordern wir Grüne auf kommunaler und auf  
28   Landesebene auf, mit uns gegen die Einrichtung dieser Behörden zu kämpfen.

### Begründung

Begründung erfolgt mündlich